

Tirol fordert 220.000 Hektar Wald zurück

Das Land erhebt jetzt Anspruch auf ehemaliges Monarchieeigentum in Tirol. Im Tauziehen mit dem Bund geht es um eine Milliarde Euro.

Innsbruck – Nach der Ausrufung der Republik gingen die ehemaligen Tiroler Besitztümer der Habsburger in Form eines Übergangsgesetzes 1920 auf den Bund über. Dabei handelt es sich um Wälder in Tirol, die heute den Österreichischen Bundesforsten gehören, um Bäche und Flüsse, um bewegliches Vermögen und um Gebäude und Gärten. Eine wirkliche Vermögensauseinandersetzung hat in den vergangenen 90 Jahren nie stattgefunden, das bemängelte auch der Verfassungsgerichtshof in einem Erkenntnis. Der Bund dürfe lediglich als Treuhänder auftreten, heißt es darin.

Nach Jahren des Stillstands wollen die Länder im Herbst jedoch einen neuerlichen Versuch starten, um mit dem Bund über das einstige Habsburgervermögen zu verhandeln. In einem gemeinsamen Landtagsantrag fordern ÖVP, SPÖ, Bürgerforum, FPÖ und Bürgerklub jetzt die Tiroler Landesregierung auf, diese Vermögensauseinandersetzung mit der Bundesregierung wieder aufzunehmen.

Für Tirol existiert bereits eine Auflistung von ehemaligem Monarchievermögen. Dieses wird inoffiziell mit rund einer Milliarde Euro bewertet. Im Mittelpunkt stehen dabei 220.000 Hektar Wald, die von den Bundesforsten verwaltet werden. Der Landtag spricht sich für konstruktive Gespräche aus. Von einer Rückführung ins Eigentum des Landes bis hin zu einer Abgeltung wird alles in Betracht gezogen. ÖVP-Klubobmann Josef Geisler kann sich in diesem Zusammenhang vorstellen, dass die Forderungen des Landes bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen berücksichtigt werden. Der neue Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden tritt im Jahr 2014 in Kraft. (pn)